

# Bericht über die Entwicklung in Polen im

Februar 1957

## A. Innere Entwicklung

Seite:

### I. Politische Ereignisse

- |   |    |
|---|----|
| 1) Was die Staatsraison verlangt                    | 1  |
| 2) Das neue Parlament Polens trat zusammen          | 5  |
| 3) Die neue Regierung Polens                        | 7  |
| 4) Partei und Parlament                             | 8  |
| 5) Problem der Verbündeten                          | 9  |
| 6) Immer weniger Arbeiter                           | 10 |
| 7) Natolin  | 10 |
| 8) Weiteres über den internen Parteikampf           | 11 |
| 9) Militärräte in der Armee                         | 13 |
| 10) Die Jugend hat keine Luste sich zu organisieren | 13 |

### II. Wirtschaft

- |                                       |    |
|---------------------------------------|----|
| 1) Ergebnisse des Jahres 1956         | 15 |
| 2) Wirtschaftsplan 1957               | 16 |
| 3) "Verbrecherische Fiktion"          | 17 |
| 4) Mißstände im Eisenbahnwesen        | 18 |
| 5) Abwertung der polnischen Währung   | 18 |
| 6) Aufgaben des Ökonomischen Beirates | 18 |

### III. Soziales

- |  |    |
|--|----|
| 1) Löhne im Jahr 1957                      | 19 |
| 2) Der Familie ihre alte Rolle wiedergeben | 20 |

## B. Polen und das Ausland

- |                                      |    |
|--------------------------------------|----|
| 1) Die neue, alte Linie              | 20 |
| 2) ... waren schlecht informiert ... | 22 |
| 3) ... fühlt sich solidarisch ...    | 24 |

## A. Innere Entwicklung

### I. Politische Ereignisse

#### 1) Was die Staatsraison verlangt...

Im Oktober des vergangenen Jahres erhielt GOMULKA von der überwiegenden Mehrheit der polnischen Bevölkerung bedenkenlose Unterstützung. Natürlich bedeutete das nicht, daß es nicht schon damals eine Opposition gegen GOMULKA im Lande gegeben hätte. Eine Gruppe der Stalinisten, die sich auf die Mehrheit des Parteiapparates - (der sich allerdings schon in seiner bisherigen Allmacht bedroht fühlte) - stützte, stand vom ersten Augenblick an GOMULKA feindlich gegenüber. Für die Stalinisten war GOMULKA ein Ketzer und Verräter, einer, der die "Errungenschaften des Sozialismus" - wie sie die Stalinisten verstehen - zu vernichten, fähig war. Außer der Opposition der Natolin-Gruppe gab es jedoch ohne Zweifel auch Kreise, denen GOMULKA aus anderen Gründen verdächtig war: Er galt ihnen als zu "rot". Die Reste der politischen Reaktion standen GOMULKA feindlich gegenüber, weil er sich zum Kommunismus bekennt. Beide oppositionellen Gruppen konnten aber nicht behaupten, dass hinter ihnen das ganze Volk steht. Die bürgerliche Opposition war nur ein kleiner Kreis; die Stalinisten dagegen bildeten eine einflußreiche Interessengemeinschaft, einen politischen Faktor, der nicht zu unterschätzen war. Beiden Gruppen blieb die Unterstützung der Massen versagt, weil eben diese Massen hinter GOMULKA standen.

Alles, was dem stalinistischen System in Polen feindlich war und das Vasallenverhältnis zu Rußland beseitigen wollte, stand - mit Ausnahme der kleinen Gruppe der bürgerlichen "inneren Emigration" - in einer geschlossenen Front. Diese Front umfasste sehr verschiedene Komponenten. Neben der antistalinistischen Mehrheit der Parteispitze, neben den meisten Bauernpolitikern und "Demokraten" standen auch die Führer der katholischen Kreise, die in der stalinistischen Ära politisch wachgeblieben waren und jetzt als Exponenten der kirchlichen Hierarchie galten. Die Bevölkerung in den Städten und auf dem Lande akzeptierte den Oktoberumschwung. Für sie bedeutete das, was im Oktober im Warschau geschah, keine Palastrevolution, sondern es war das Ergebnis einer breiten Volksbewegung, deren tragende Kraft die Arbeiterschaft und die fortschrittliche Intelligenz darstellte.

Bald zeigten sich jedoch die ersten Risse in dieser wirklich "Nationalen Front". Der Wahlkampf vor den Parlamentswahlen hat diese Entwicklung beschleunigt. Es stellte sich heraus, daß die Massen, die in den ereignisschweren Tagen GOMULKA zugejubelt hatten, nur ihn und seine Leidensgenossen damit gemeint hatten, aber nicht die Partei, welche GOMULKA vertrat. Die Spitze dieser Partei wurde im Oktober zwar von den übelsten Stalinisten gesäubert, aber es blieben Leute wie ZAMBROWSKI, Leute, die sich nur aus opportunistischen Gründen der Oktoberlinie angeschlossen hatten. Die Mehrheit

Der mittleren und unteren Parteifunktionäre blieb in den alten Stellungen. Diese Leute waren der Bevölkerung aber als Stalinisten bekannt und verhasst. Es gab in jenen Tagen nicht wenige, die sich der - sicher naiven - Vorstellung hingaben, GOMULKA würde den ganzen Parteiapparat über Bord werfen können und - gestützt auf die Massen - regieren. Sie mussten erleben, dass es GOMULKA nicht möglich war, auf den alten Partei- und Verwaltungsapparat zu verzichten. Nicht alle wollten das einsehen. Auch diejenigen, die die Zwangslage GOMULKAS verstanden, waren im besten Falle nur bereit, den alten Apparat kurzfristig weiter zu dulden.

Schon wenige Wochen nach dem Oktoberumschwung hörte man allgemein: Das Volk hält sehr viel von GOMULKA, aber nichts von der Partei. Diese Einstellung brachte für GOMULKA ernste Gefahren mit sich. Sie kamen einmal von sowjetischer Seite her, da Moskau einer Liquidierung des Apparates - also praktisch der Partei - nicht untätig zugesehen hätte. Andererseits musste Gomulka an die Erfahrungen der Januarwahlen denken, die jetzt eine katastrophale Niederlage der Parteikandidaten vermuten liess. Sein voraussichtlich persönlicher Erfolg bei den Wahlen wäre unter solchen Umständen wertlos gewesen.

GOMULKA verstand es jedoch, diese Gefahr aus dem Wege zu räumen. Wer seine damaligen verzweifelten Appelle hörte, wer bei seinen Worten von der "Streichung Polens von der politischen Karte Europas" stutzte, wer sogar Erpressungsakzente aus seinen Worten herauslesen musste (vgl. Januarbericht 1957 über Polen), konnte sich leicht vorstellen, was für Gomulka auf dem Spiele stand.

Seit Oktober 1956 ist im politischen Wortschatz Polens ein Wort wieder zur Geltung gekommen: Die Staatsraison. Sicher war es für viele Menschen erfreulich, wieder von einer polnischen Staatsraison zu hören, nachdem man ihnen 12 Jahre lang den "proletarischen Internationalismus" gepredigt hatte. Eine polnische Staatsraison musste verbieten, die eigenen lebenswichtigen Interessen immer auf dem Altar des "Sozialismus" zu opfern, d.h., sie den russischen Interessen unterzuordnen.

In der stalinschen Ära gab es im sog. "sozialistischen" Lager nur eine Staatsraison: Die Unterwerfung unter den Befehl Moskaus. Nun durfte man auch wieder von polnischen nationalen Interessen sprechen und sie wahrnehmen.

Sehr bald stellte es sich aber heraus, dass der neu zur Geltung gebrachte Terminus "Staatsraison" vorwiegend dann gebraucht wurde, wenn es sich wieder um eine Verbeugung vor dem mächtigen, östlichen Nachbarn Polens handelte. Staatsraison, das ist jetzt die Anerkennung der Pressezensur, Schonung der Stalinisten, Verbot der Polemik mit den "Bruderparteien", Anerkennung und Unterstützung des Kadarregimes in Ungarn. Besonders strapaziert wird dieser

terminus, wenn man von der Notwendigkeit der "unerschütterlichen" Freundschaft mit der SU und allen daraus folgenden Konsequenzen spricht.

Alle politisch denkenden Menschen in Polen sind sich zweifellos darüber im klaren, welche Konsequenzen sich aus der geopolitisch bedingten Zwangslage Polens ergeben. Niemand, der politische Realitäten sieht, hat erwartet, dass Polen sich auf aussenpolitischem Gebiet ein derartiges Mass an Freiheit erkämpfen kann, wie es etwa Titos Jugoslawien besitzt. Aber alle Menschen, die im Oktober GOMULKA ihre Unterstützung gewährten, erwarteten, dass zumindest in den inneren polnischen Angelegenheiten die Politik des Oktober weiter verfolgt wird. Daran aber wird in zunehmendem Masse gezweifelt.

Jetzt, vier Monate später, sind die ersten Anzeichen einer oppositionellen Haltung Gomulka gegenüber zu beobachten. Es handelt sich nicht um die Kreise, die sich vom ersten Augenblick an gegen ihn gestellt haben, sondern um einstige Gomulka-Anhänger.

Die keineswegs organisierte Opposition kommt von der Jugend und den Intellektuellen, die vor dem Oktober 1956 erst jene Atmosphäre in Polen schufen, die den Machtantritt GOMULKAS ermöglichte. Aus diesen Kreisen wird immer öfter der Vorwurf laut, dass der Begriff "Staatsraison" für Gomulka eine Art Klotz am Bein geworden sei. Das Gewicht der Verantwortung für die Geschichte des Landes hat - nach Meinung dieser Kreise - GOMULKA zu ängstlich gemacht und ihn in seiner Bewegungsfreiheit behindert. Es lässt ihn ausserdem die Gefahr einer möglichen sowjetischen Intervention in Polen auch dann sehen, wenn sie nicht existiert. Man glaubt auch, dass Gomulka in seiner augenblicklichen Verfassung ein zu leichtes Objekt für alle russischen Erpressungsversuche darstellt und die Sowjets von dieser Erkenntnis reichlichen Gebrauch machen.

Die Erfahrungen der letzten Wochen zeigen, dass solche Überlegungen nicht ganz gegenstandslos sind. Drei Beispiele: Am 26. Februar brachte die parteioffizielle "Trybuna Ludu" eine Nachricht, in der die Absetzung des Ersten Parteisekretärs von Warschau, STASZEWSKI, bekanntgegeben wurde. Nun ist STASZEWSKI nicht einer von vielen Wojewodschaftssekretären. Er hat in den entscheidenden Oktobertagen des vergangenen Jahres eine sehr aktive Rolle gespielt und wurde während des VIII. Plenums Zielscheibe zahlreicher Angriffe der Stalinisten. Er organisierte die Arbeiter Warschaws zu einer Zeit, als die Sowjetischen Panzer ihre Standorte verliessen und auf Warschau rollten und die Natoliner Gruppe sich anschickte, ihre Gegner durch Massenverhaftung zu schrecken. Während dieser Versammlungen in Warschau hat man nicht gerade zahme Ausdrücke an die Adresse der Sowjets gerichtet. Die Stalinisten warfen STASZEWSKI vor, daß er unter dem Pöbel eine antisowjetische Hetze organisiert habe. Eine zusätzliche Komplikation ergibt sich aus der Tatsache, dass STASZEWSKI jüdischer Abstammung ist. Seine Absetzung ist also für die

Stalinisten, die immer noch antisemitische Stimmungen schüren, ein doppelter Sieg. Bezeichnenderweise wurde über eine anderweitige Verwendung STASZEWSKIs nichts verlautet.

Das zweite Ereignis, das Grund zur Besorgnis gab, war die Liste der neuen Regierung, die am 26. 2. vom Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ dem Parlament vorgelegt wurde. Schon im Laufe des Oktobers und Novembers 1956 war die Regierung von manchen prominenten Stalinisten gesäubert worden. Bis zur Eröffnung der ersten Sitzungsperiode des neu gewählten Parlamentes sassen in der Regierung jedoch immer noch drei prominente Stalinisten: Vizepremier Zenon NOWAK, der Minister für kommunale Wirtschaft, Kazimierz MIJAL und der Minister für chemische Industrie RUMINSKI. Diese drei Männer sind auf dem VIII. Plenum unzweideutig als Verfechter der alten Linie aufgetreten. NOWAK zwar etwas zurückhaltender, die beiden anderen dafür um so offener.

RUMINSKI und MIJAL gehören der neuen Regierung zwar nicht an, aber der prominenteste Vertreter der Natolin-Gruppe NOWAK hat den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten beibehalten. Niemand begreift, was GOMULKA dazu bewegen konnte, diesen Mann, der noch vor ein paar Monaten z.B. für die Entfernung der Juden aus den führenden Parteistellen auftrat, auf einem so einflussreichen Posten in der Regierung zu belassen. Wenn man die gleichzeitig erfolgte Demissionierung STASZEWSKIs in diesem Zusammenhang betrachtet, kommt man zu verblüffenden Schlussfolgerungen. Der Entschluss GOMULKAS, STASZEWSKI zu entfernen und NOWAK beizubehalten, kann sehr wohl als eine Konzession an Moskau betrachtet werden und gibt den Kritikern das Recht, die GOMULKA Moskau gegenüber als servil bezeichnen. Es ist tatsächlich kaum anzunehmen, dass die Russen in diesen beiden Fällen einen Druck ausgeübt haben. In Warschau war man bestürzt. Mancher fragte sich im stillen, was aus jenem Mann geworden sei, der noch vor ein paar Monaten nicht davor zurückschreckte - wenn auch zögernd - ROKOSSOWSKI aus der Regierung zu entfernen. Angst, die Russen zu verärgern? "Ist es schon wieder so weit, dass die Russen gar nicht in Erscheinung zu treten brauchen, weil schon allein die Tatsache ihrer Existenz lähmend wirkt?"

Am schwersten aber mag bei diesem Entschluss Gomulkas der Wille, die Einheit der Partei wiederherzustellen, gewogen haben. Nachdem man die prominentesten Stalinisten aus dem Politbüro und dem Sekretariat des ZK entfernt hatte, wartete ganz Polen auf eine Säuberung des Parteiapparates, auf einen radikalen Kampf gegen die Natolingruppe. Gomulka zögerte. Er hoffte immer noch, den Gegner zähmen zu können. Von dieser Erwartung liess er sich auch dadurch nicht abbringen, dass man vor den Wahlen seitens der polnischen Stalinisten eine brutale Propaganda gegen ihn und seine Anhänger entfesselte. Schon mehrere Male hiess es in seiner Umgebung: Jetzt ist das Maß voll, jetzt wird Gomulka schlagen. Er schlug aber nicht zu. Er beschwichtigte und machte Zugeständ-

Eines dieser Zugeständnisse ist schliesslich die letzte Umbesetzung in der Redaktion der "Trybuna Ludu" , - das dritte Beispiel der schwankenden Politik GOMULKAS.

GOMULKA, der sich im Oktober als Realist zeigte, will jetzt nicht wahrhaben, daß eine künstlich gekittete Einheit viel gefährlicher ist, als die Existenz einer offenen Opposition in der Partei. Feinde, die er zu beschwichtigen versucht, werden die ersten sein, die ihm den Strick um den Hals legen, wenn sie nur eine Gelegenheit dazu bekommen. Dabei scheint GOMULKA nicht einzusehen, daß ihm solche Entschlüsse, wie die Beibehaltung NOWAKS , in den Augen seiner wirklich wertvollen Verbündeten völlig den Kredit nehmen, daß ernste Zweifel entstehen, ob er durch seine Fehler nicht das gefährdet, was die Volksmassen im Oktober erkämpft haben.

Es ist dabei bezeichnend, dass man in den oppositionellen Kreisen nicht an der Lauterkeit von GOMULKAS Absichten zweifelt. Niemand nimmt an, dass Gomulka ein Mann mit zwei Gesichtern ist, aber viele befürchten, dass er die Pflichten, die ihm seine führende Stellung in Polen auferlegt, nicht immer richtig wahrnimmt. Die Oppositionellen sind sich aber auch im klaren, dass trotz aller Unentschlossenheit und Inkonsequenzen, die Gomulka in der letzten Zeit auf manchen Gebieten zeigte, die jetzigen Zustände einen unerhörten Fortschritt im Vergleich zur Vergangenheit darstellen, dass man auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet eine Linie eingeschlagen hat, die weitgehend den polnischen Interessen entspricht. Zur Entschuldigung Gomulkas führt man auch die Tatsache an, dass der Westen trotz aller Erwartungen, Polen bisher keine bedeutendere Hilfe zukommen liess, und dass diese Hilfe wohl auch in Zukunft nicht zu erwarten sei . Weiterhin spricht man auch davon, dass die Hoffnungen Gomulkas, in China ein Gegengewicht zu den Herrschaftsansprüchen Moskaus zu finden, nach dem Besuch Tschu-En-Lais nicht erfüllt wurden. Im übrigen aber sind sich die oppositionellen Kreise völlig darüber im klaren, dass ein Sturz GOMULKAS Polen nur Unglück bedeuten würde, und dass die einzige mögliche Alternative zum Gomulka ein Regime von der Art wäre, wie es KADAR in Ungarn vertritt. Das aber wünscht die Opposition nicht. Es ist daher auch kaum zu erwarten, dass GOMULKA von dieser Seite scharf bekämpft wird.

2) Das neue Parlament Polens trat zusammen

Am 20. Februar, einen Monat nach den Wahlen, trat das neugewählte Parlament zusammen. Im alten Parlament gab es keine Parteifraktionen. Die Abgeordneten aller Parteien verteilten sich lediglich nach den Wojewodschaften, in denen sie gewählt waren. Mit diesem Prinzip einer rein mechanischen Verteilung hat man jetzt Schluss gemacht. Die drei im Sejm vertretenen Parteien bildeten

Fraktionen. Die Fraktion der Vereinigten Arbeiterpartei, die im neuen Sejm über mehr als die Hälfte aller Sitze verfügt, wählte zu ihrem Fraktionsvorsitzenden den Gomulka-Freund Zenon KLISZKO. Die Fraktion der Bauernpartei, die über etwa 25 % aller Abgeordneten verfügt, wählte Boleslav PODEDWORNÝ zum Vorsitzenden, der in der ersten Regierung CYRANKIEWICZ (1947-1952) Minister für Forstwirtschaft war und später aus der Regierung ausgebootet wurde. Vorsitzender der Fraktion der Demokraten wurde Jan Karol WENDE, der in den ersten Nachkriegsjahren Botschafter in Belgrad und später Sekretär für die kulturelle Zusammenarbeit mit dem Ausland war. Den Parteilosen, die im neuen Sejm etwa 15 % der Mandate innehaben, hat man das Recht, eine eigene Fraktion zu bilden, nicht zugebilligt. Sieben katholische Abgeordnete die als Vertrauensleute Kardinal WYSZYNSKIS gelten, bildeten einen eigenen "Klub" unter dem Vorsitz von Dr. Stanislaw STOMMA, einem bekannten Schriftsteller und Publizisten. Die restlichen katholischen Abgeordneten, unter ihnen zwei ehem. Anhänger der Organisation Pax, deren Vorsitzender der berühmte Kollaborateur PIASECKI ist, wurden in den Klub nicht aufgenommen und bildeten einen eigenen Klub unter dem Namen "Klub der katholisch-sozialen Abgeordneten". Die Mitgliederzahl dieses Klubs wird sich wahrscheinlich auf 12 Abgeordnete belaufen. Die restlichen Parteilosen bildeten einen dritten Klub, der wahrscheinlich den Namen "Klub des 21. Oktobers" tragen wird. Das Datum erinnert an den Machtantritt GOMULKAS.

Bei seiner ersten Sitzung konstituierte der Sejm auch sein Präsidium. Erwartungsgemäss wurde der Bauernpolitiker Czeslaw WYCECH zum Sejm-Marschall gewählt. WYCECH war während des Krieges Mitarbeiter der Londoner Exilregierung in Polen, nach dem Kriege schloss er sich zuerst MIKOLAJECZK an, distanzierte sich dann aber von ihm sofort, als dessen Stellung unsicher wurde. Zu seiner Stellvertreter wurden der Gomulka-Freund Zenon KLISZKO und der "Demokrat" Jerzy JODLOWSKI gewählt.

Der Sejm kam dann zur Wahl des Staatsrates, der eine Art Kollektiven Staatsoberhauptes darstellt. Wie in den vergangenen Jahren wurde das Politbüro-Mitglied Aleksander ZAWADSKI wieder Vorsitzender des Staatsrates. Unter den 15 Mitglieder des Staatsrates gehören acht der Vereinigten Arbeiterpartei - unter ihnen befindet sich auch Gomulka - an. Die Bauernpartei stellt vier, die Demokratische Partei zwei und die Parteilosen ein Mitglied. Die Tatsache überrascht, dass ein Parteiloser, und zwar ein katholischer Schriftsteller und Vertrauensmann Kardinal WYSZYNSKIS, Jerzy ZAWIEYSKI, in dieses Gremium gewählt wurde. Es ist jedoch die einzige offizielle Stellung, die den Katholiken in den staatlichen Behörden zuerkannt wird. Ubrigens war die Wahl ZAWIEYSKIS in den Staatsrat unstritten und erfolgte nicht einstimmig. Ein Teil der kommunistischen Abgeordneten stimmte gegen ihn.

Ebenfalls umstritten war die Wahl eines anderen Staatsratsmitgliedes: Des ehemaligen Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes Leo KRUCZKOWSKI. Er ist Kandidat des ZK und wurde in den letzten Monaten oft wegen seiner im stalinistischen Sinne <sup>linientreuen</sup> Tätigkeit auf kulturellem Gebiet kritisiert. Seine Wahl in den Staatsrat erschien vielen unverständlich.

### 3) Die neue Regierung Polens

Im Namen der kommunistischen Abgeordneten schlug GOMULKA Jozef CYRANKIEWICZ als Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten vor. GOMULKA pries in seinem Antrag die staatsmännischen Fähigkeiten und die Verdienste seines Kandidaten beim Oktoberumschwung. Die Kandidatur CYRANKIEWICZ<sup>1</sup> war allgemein erwartet worden und wurde von allen Abgeordneten mit einer einzigen Ausnahme akzeptiert. Gegen CYRANKIEWICZ stimmte lediglich der parteilose Abgeordnete Wojtysiak, Professor an der Breslauer Universität. Einige Stunden lang war der Weinsager Mittelpunkt allgemeinen Interesses. Er begründete vor der Kammer seine ablehnende Haltung damit, dass CYRANKIEWICZ seines Erachtens nicht der geeignete Mann für diese Stellung sei. Er hätte den Posten des Ministerpräsidenten seit 1949 mit einer nur kurzen Unterbrechung innegehabt, d.h. also in einer Zeit, in der der Personenkult besonders eifrig betrieben wurde. Von dem Regierungsexposé CYRANKIEWICZ meinte WOJTYSIAK, es entbehre jeder nutigen Konzeption und gleiche eher einem Geschäftsbericht. Dieser Auftritt - interessant weil früher undenkbar - hat jedoch schon darum keine politische Bedeutung, weil es sich hier nur um eine einzelne Stimme handelt.

CYRANKIEWICZ präsentierte der Kammer am 26. Februar die Liste der neuen Regierungsglieder. Das Parlament stimmte zu. Überraschenderweise unterscheidet sich die neue Ministerliste nur wenig von der alten. Nur zwei Umbesetzungen haben politischen Charakter: Die Absetzung der zwei Natoliner, von denen wir schon in der Einleitung des Berichtes gesprochen haben. Die Beibehaltung des Vizypremiers NOWAK kam für die meisten Abgeordneten völlig unerwartet. Bei allen Spekulationen, die vorher in Presse und Privatgesprächen gemacht wurden, galt es als eine abgemachte Sache, daß NOWAK in der neuen Regierung nicht vertreten sein würde.

Ein weitere Überraschung war der geringe Anteil der anderen Parteien in der Regierung. Gegenüber 23 Vertretern der Arbeiterpartei gibt es nur drei der Bauernpartei, zwei der Demokratischen Partei und zwei Parteilose. Bis auf den neuen Minister der Lebensmittelindustrie, den Bauernpolitiker PISULA, waren alle anderen Nichtkommunisten schon vor Januar 1957 in der Regierung vertreten.

- 8 -

Auch in dieser unerwarteten Tatsache sieht man einen Beweis dafür, das GOMULKA Moskau gegenüber das Gewicht seiner Partei in der Staatsführung besonders betonen wollte.

Erwartungsgemäss schlug CYRANKIEWICZ vor, einige Ministerien zusammenzulegen und zwar: Das Ministerium für Bergbau mit dem Ministerium für Energetik, Hüttenwesen mit Maschinenindustrie, Bauwesen mit der Produktion der Baumaterialien, Lebensmittel mit den staatlichen Einkäufen und Eisenbahnen mit dem Land- und Lufttransport. Außerdem beschloß er, das Ministerium für die kommunale Wirtschaft und das Ministerium für Staatskontrolle zu liquidieren. Diese Massnahmen sollen eine Verbesserung der Verwaltung und ausserdem Einsparungen bringen.

Das Exposé des Ministerpräsidenten brachte gegenüber den letzten programmatischen Reden GOMULKAS keine neuen interessanten Momente. Seinem internationalen Lagebericht widmete CYRANKIEWICZ auch der Bundesrepublik einige Worte. Er vertrat die in den letzten Wochen in Warschau verbreitete Tendenz, daß die fortschreitende Militarisierung der Bundesrepublik einen realen Bedrohungsfaktor darstelle, dass die polenfreundliche Haltung der DDR in einem krassen Gegensatz dazu stehe und dass eine enge Anlehnung an die SU durch die allgemeine politische Lage mehr denn je notwendig sei.

Der einzige Passus in seinem Exposé, der als Versuch einer von Moskau unabhängigen Einschätzung der Lage ausgelegt werden kann, waren die Worte, die er den Beziehungen zu Jugoslawien widmete. Er sprach von den völlig normalisierten Beziehungen zwischen den beiden Ländern und ihrer Weiterentwicklung und sagte wörtlich: "Uns freut jeder Fortschritt, der zur Überwindung der bisherigen, schädlichen Isolierung Jugoslawiens im sozialistischen Lager führt."

Damit gab Polen deutlich zu verstehen, daß es mit den letzten Äußerungen und Maßnahmen Moskaus gegenüber Tito nicht einverstanden ist.

#### 4) Partei und Parlament

Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" widmete am 20. Februar ihre Aufmerksamkeit dem Verhältnis zwischen Parlament und Partei. Das Blatt stellte fest, daß es bis jetzt in den kommunistischen Ländern "anti-parlamentarische" Tendenzen gegeben habe, die eine Überlieferung aus den Zeiten seien, als sich die Kommunisten nur deswegen in die bürgerlichen Parlamente wählen liessen, um das parlamentarische System "von innen" zu sprengen. "Zu Hause" wussten sie mit dem Parlament überhaupt nichts anzufangen. Eine grosse Rolle spiele auch die Tatsache, daß es in den heute kommunistischen Ländern bis auf wenige Ausnahmen keine parlamentarischen Traditionen gab.

Polen verhält sich die Sache aber anders, meint das Blatt, und spricht von den jahrhundertealten Traditionen des Schlachta-Sejms. So sei es auch kein Zufall, dass Polen als sozialistisches Land jetzt die Rolle des Sejm unterstreicht.

Das Blatt kommt bei den Überlegungen, wo sich eigentlich das Zentrum der Staatsmacht befände; im ZK oder im Parlament, zu folgenden Schlussfolgerungen:

"Die Beschlüsse der Partei-Instanzen gelten nur für Parteimitglieder, während die Beschlüsse des Parlamentes in Form von Gesetzen für alle Bürger des Staates gelten. Wenn nun die Beschlüsse der Partei im Widerspruch zu den geltenden Gesetzen stehen, so sind sie auch für die Parteimitglieder ungültig."

Nach dieser verblüffenden Feststellung befasst sich das Blatt mit der Fraktionsdisziplin im neuen Parlament. Es meint, dass die Disziplin der kommunistischen Abgeordneten im Sejm nicht automatisch sein dürfe, d.h. die Fraktion müsse von Fall zu Fall darüber entscheiden, wann es den Abgeordneten überlassen sein solle, nach ihrer individuellen Meinung abzustimmen und wann der Fraktionszwang gelten solle.

Sollten diese Erwägungen zur parlamentarischen und staatlichen Praxis werden, so würde das eine revolutionäre Änderung bedeuten.

##### 5) Problem der Verbündeten

Am 10. und 17. Februar befasst sich "Trybuna Ludu" mit dem Problem des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern und dem Verhältnis der kommunistischen Partei zu anderen politischen Kräften, die beim Bau des Sozialismus in Polen mitwirken.

Zuerst macht das Blatt eine wichtige Feststellung:

"Sagen wir es uns klar: Unsere Partei vertritt heute noch die Klasse und die Ideologie, die sich in unserem Lande in der Minderheit befindet. Ein Versuch zur beschleunigten 'Sozialisierung' des ganzen Volkes, wenn die Arbeiterklasse nur ein Drittel der Bevölkerung ausmacht, kann nur zu ernstesten Entstellungen und Entartungen führen."

Die Konsequenz dieser Tatsache, dass die Partei nur eine Minderheit vertritt, ist, dass sie sich Verbündete suchen muss. Nun fragt sich aber das Blatt, wie man das Prinzip der Diktatur des Proletariats mit dem Vorhandensein mehrerer Parteien vereinbaren und wie man bei der Selbständigkeit der verbündeten Parteien die führende Rolle der Arbeiterpartei beibehalten kann.

Auf diese Frage gibt das Blatt folgende Antwort: Alle in Polen wirkenden Parteien befürworten den Sozialismus. Der Diktatur des Proletariats steht

also nichts im Wege. Eine Koalition besteht nie aus gleichartigen Kräften, so ist es auch in Polen. In der Koalition aller Klassen und Schichten, die den Sozialismus befürworten, muss die Klasse, die ihn am vollkommensten verkörpert, die führende Rolle haben.

Im übrigen, meint das Blatt, müsse man dem Begriff der Diktatur des Proletariats seinen Sinn wiedergeben. Diese Diktatur bedeute nichts anderes als maximale politische und ökonomische Freiheit für das Proletariat und die mit ihm verbündeten Klassen. Die Diktatur gelte nur dem Großkapital, dem Großgrundbesitz und ihrer reaktionären Ideologie gegenüber.

#### 6) Immer weniger Arbeiter

Mit Besorgnis stellt "Trybuna Ludu" am 17. Februar fest, dass der prozentuale Anteil der Arbeiter unter den Parteimitgliedern immer kleiner wird. Diese Tendenz reicht bis auf das Jahr 1949 zurück, als die Partei immer mehr verbürokratisierte und dauerte bis Ende 1956 an. Das gilt sowohl für Stadt- als auch für Landarbeiter. Dagegen wuchs der Anteil der Beamten und Angestellten in der Partei. Allein im 2. Halbjahr 1956 fiel der Anteil der Arbeiter um 2 % und im gleichen Masse wuchs die Zahl der Beamten unter den Parteimitgliedern.

#### 7) Natolin

"Zycie Warszawy" zitiert am 7. Februar (ohne Angabe des Datums) das Krakauer Blatt "Dziennik Polski":

"In Krynica (bekannter Kurort in den Karpaten) fand neulich ein Treffen demissionierter Parteisekretäre und anderer ehem. (wie man aber sagt nicht nur ehemaliger, sondern auch aktueller) Würdenträger der Partei statt. Selbstverständlich hat man nach aussen hin diesem Treffen den Charakter eines zufälligen, gesellschaftlichen Treffens gegeben. Wir können uns leicht denken, worüber gesprochen wurde. Es gibt keinen Zweifel, dass man darüber debattierte, wie man handeln soll, um die Parteiinstanzen wieder zu besetzen und die alten Methoden des Regierens wieder einzuführen."

"Zycie Warszawy" spricht über die Situation im Krakauer Gebiet, wo eine unterirdische Fraktionsbildung sehr weit fortgeschritten sein soll. Das Blatt zitiert den Ausspruch des Parteisekretärs einer Kohlengrube, der wörtlich sagte:

"Schon seit November 1956 lese ich die 'Trybuna Ludu' (Hauptorgan der Partei) und die 'Gazeta Krakowska' (Wojewodschaftsorgan der Partei) nicht mehr, weil diese Blätter von der Propaganda kleinbürgerlicher Elemente beherrscht werden, die nur antiparteiliche Artikel veröffentlichen."

Diese Zitate erlauben die Feststellung, wie wenig der Parteiapparat gesäubert wurde und welche Einstellung dieser Apparat dem polnischen Oktober gegenüber hat. Es scheint, daß die Vorwürfe, die man GOMULKA macht, er habe die Chance verpasst, seine Gegner zu entfernen oder sie zumindest zum Schweigen zu bringen, nicht unbegründet sind.

#### 8) Weiter über den internen Parteikampf

Ein führender Parteiideologe der jungen Generation, Leszek KOLAKOWSKI, veröffentlichte in der Ausgabe vom 3/4. Februar von "Zycie Warszawy" einen grösseren Beitrag über die Besonderheit des polnischen Weges zum Sozialismus, in dem er sich auch ausführlich mit den internen Parteikämpfen befasst.

"Innerhalb der Partei geht - offen oder im verborgenen - ein Kampf zweier (zumindest zweier!) Strömungen vor sich, deren Existenz eine objektive Tatsache ist, und die durch Verheimlichung nicht aus der Welt geschafft werden kann. Angesichts des Umstandes, dass die Partei Hauptkraft und Organisator des öffentlichen Lebens im Lande bleibt, darf man diese beiden Strömungen nicht ignorieren. Ihr Kampf kann sich in seinen Folgen umso gefährlicher erweisen, je mehr ihr Vorhandensein verkleistert und durch eine fiktive Einmütigkeit maskiert wird.

Keine der beiden Strömungen hat ein herauskristallisiertes Aktionsprogramm, noch eine deutlich umrissene politische Konzeption. Ganz allgemein genommen und zweifellos in gewisser Masse vereinfacht, wird die eine der beiden Tendenzen von bürokratischen Elementen des politischen Apparates inspiriert, während die zweite durch die fortschrittlichsten Elemente der Arbeiterklasse und durch die ausserhalb dieses Apparates stehende kommunistische Intelligenz repräsentiert wird, (was selbstredend nicht bedeutet dass jede der beiden Tendenzen ausschliesslich diese Gruppen umfasst.)

Die erste Strömung, das einzige Mittel zur Liquidierung der gegenwärtigen Lockerung und des augenblicklichen Chaos im politischen Leben ist die Rückkehr zu einem Regierungssystem, das auf einem Vollzugsapparat, einen staatlichen oder parteilichen, basiert und nicht auf dem Aufgreifen spontaner gesellschaftlicher Initiative; die öffentliche Kritik und die Diskussion über allgemeine politische Probleme ist mit allen Mitteln zu drosseln; die Presse- und Meinungsfreiheit ist weiter radikal zu beschneiden. Die Verantwortlichmachung für Fehler der Vergangenheit ist auf bereits öffentlich kompromittierte Menschen zu konzentrieren, um so zu unterstreichen, als habe der Stalinismus in den "Fehlern und Entstellungen" einzelner Würdenträger bestanden und nicht in den Wirken eines ganzen Machtsystems, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung ist von allgemeinen politischen Dingen abzulenken, die den Leitern des Staates überlassen werden sollten; die Demokratie begrenzt sich in der Tätigkeit

der einzelnen Produktionsbetriebe, jedoch ohne wesentliche Änderung des bisherigen Wirtschaftsmodells, in dem die Kompetenzen der einzelnen Betriebe eingeschränkt bleiben und nur in unbedeutendem Umfang von demokratischen Institutionen übernommen werden können; das Problem der Souveränität ist mit Schweigen zu umgeben und als ein für allemal erledigt zu betrachten, die stalinische Konzeption der Partei, die faktisch als Teil des Staatsapparates besteht, im innern nach dem Muster des in diesem Apparat funktionierenden Systems der nicht kontrollierten Obrigkeit organisiert ist, ist beizubehalten, das staatliche Eigentum an Produktionsmitteln als naturgemäss identisch mit dem gesellschaftlichen Eigentum anzuerkennen.

Die zweite Strömung: Das ist die Suche nach Wegen zur institutionellen Gewährleistung demokratischer Lebensformen; die Überzeugung, dass der politische Apparat, sofern er sich nicht unter ständiger gesellschaftlicher Kontrolle befindet, für Kritiken und Veränderungen nicht zugänglich ist, kraft seines eigenen Mechanismus unvermeidlich zu einem despotischen und autokratischen Machtinstrument entarten muss, das weder mit der Stimme der öffentlichen Meinung noch mit den Erfordernissen der Gesellschaft rechnet; dass die wirtschaftliche Demokratie von Fäulnis bedroht wird, wenn die politische Demokratie nicht mit ihr einhergeht; dass unter den Bedingungen der Verstaatlichung der Produktionsmittel um ihre Vergesellschaftung erst gekämpft werden muss; dass Diskussions- und Redefreiheit für alle ideellen Richtungen erforderlich ist, die auf dem Boden des Sozialismus stehen; dass die Partei degeneriert, wenn sie mit dem Staatsapparat verwaachsen und in der Praxis ein Bestandteil dieses Apparates ist, statt gesellschaftlicher Inspirator und Erzieher zu sein; dass die Demokratie ein Risiko darstellt, jedoch ein Risiko, das Wert ist, eingegangen zu werden und weniger Gefahren in sich birgt als der Despotismus, der der Tod der demokratischen Regierungsprinzipien ist und der ausserdem in der Epoche der raschen geschichtlichen Wandlungen wenig Hoffnungen auf Dauerhaftigkeit verheisst; dass der Stalinismus nicht ein "Fehler" war, sondern ein totalitäres, politisches, wirtschaftliches und kulturelles System, und dass seine Überwindung deshalb eine Umgestaltung des Systems und nicht nur eine Wiedergutmachung der "Unterlassungen" und eine Konzentrierung des ganzen Hasses der Bevölkerung auf einige wenige Personen erfordert, die in der vergangenen Periode besonders im Vordergrund standen; dass die Beschneidung der politischen Reaktion allein das Ergebnis authentischer Lebensbedingungen im Lande und nicht sofortiger (und sofort erforderlicher) politischer Aktionen sein kann, weil solche neuen Zündstoff schaffen würden; dass die Souveränität Polens nicht aufgehört hat, ein lebenswichtiges Problem zu sein, daß

die häufig geübte Gegenüberstellung der sozialistischen Demokratie mit der bürgerlichen Demokratie ein schädlicher Nonsens ist, weil es nicht um eine Liquidierung der Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie geht, sondern um ihre Wahrung und um ihren Ausbau durch ein System, das aus ihr die fiktiven Elemente als Folge der sozialen Ungleichheit beseitigen würde; dass mit der Demokratie nicht gewartet werden kann, bis die Bevölkerung ein hohes politisches Bewusstsein erlangt hat, weil ein hohes und politisches Bewusstsein nicht anders erreicht werden kann als unter den Bedingungen der Demokratie; dass die Volksherrschaft durchaus nicht automatisch durch die Tatsache garantiert wird, dass sich der Staat als Willensvollstrecker des Volkes hinstellt und die Partei als Emanation der Arbeiterklasse, sondern dass sie die dauernde Schaffung institutioneller Formen voraussetzt, welche die authentische Beteiligung der schaffenden Bevölkerung an der politischen und wirtschaftlichen Führung des Landes erweitern würde."

#### 9) Militärräte in der Armee

Am 5. Februar meldete die polnische Presse, dass das Ministerium für Nationale Verteidigung die Bildung mehrköpfiger Militärräte in den Divisionen und gleichgestellten Einheiten, sowie in den Wehrbezirken und Kommandos der einzelnen Waffengattungen beschlossen habe. Diese Räte sind als beratende Organe zu betrachten und werden den Kommandeuren bei Entscheidungen über die wichtigsten Tagesfragen bei der Ausbildung und der Erziehung des Heeres behilflich sein.

Weiter heisst es in den Pressecommuniqué:

"Um die Rolle der Parteiorganisation zu stärken und ihre innerparteiliche Demokratie zu erweitern, ist mit Zustimmung des ZK festgelegt worden, dass von nun an auf der Divisions- und Militärbezirksebene Parteikomitees gebildet werden."

Es scheint, dass dem neuen Verteidigungsminister SPYCHALSKI und seinem Chef GOMULKA daran liegt, die Armee an der "Oktoberlinie" zu halten. Man will sich den Kraftfaktor Armee sichern.

#### 10) Die Jugend hat keine Lust, sich zu organisieren...

Anstelle des sich von selbst auflösenden Verbandes der Polnischen Jugend - der einheitlichen Jugendorganisation aus der stalinistischen Zeit - sind jetzt zwei Jugendorganisationen entstanden: Eine für die Stadtjugend: Der Verband der sozialistischen Jugend - und eine für das Land: Der Verband der Dorfjugend. Die erstere hat einen deutlich marxistischen Charakter, die zweite stützt sich mehr auf die radikalen Traditionen der Bauernbewegung

aus den Vorkriegspolen."

Nach dem Oktoberumschwung herrschte in den Jugendorganisationen völliges Chaos. In kurzen Abständen entstanden und verschwanden verschiedene lokale "revolutionäre" Jungkommunistische und andere Gruppen. Die Vertreter der Jugend sprachen sich fast einstimmig für eine weitgehende organisatorische Aufspaltung der Jugend aus und meinten, das wäre besser als eine aufgezwungene, künstliche Einheit, die in Wahrheit keine ist. Sie meinen, nicht der Kampf der Weltanschauungen, sondern die Gleichgültigkeit und Passivität bei einer zum Schein getragenen Einstimmigkeit wäre für die Jugend gefährlich und demoralisierend. Im Oktober und November schlug man sogar vor, neben einer kommunistischen auch eine sozialdemokratische Jugendorganisation zu gründen, und ausserdem sollten auch Bauern, "Demokraten" und Katholiken über eigene Jugendorganisationen verfügen. Der Druck von oben brachte diese Vorschläge zum Scheitern. Die einzige zugelassene, rein mechanisch vorgenommene Einteilung auf Stadt- und Landjugend entsprach nicht den Wünschen der interessierten Jugendlichen. Die Folge ist, dass die Bildung der beiden Organisationen nur sehr zögernd vor sich geht, da sie nicht versprechen, sich wesentlich von ihrer totalitären Vorgängerin zu unterscheiden.

Sehr bezeichnend ist das Verhalten der studentischen Jugend, die die Existenz des sozialistischen Jugendverbandes völlig ausser Acht liess.

So schreibt "Trybuna Ludu" am 6. Februar:

"Sehr beunruhigend ist die Tatsache, dass sich der sozialistische Jugendverband nicht als fähig erwies, grössere Gruppen der Jugend heranzuziehen und vor allem dort Wurzeln zu schlagen, wo er viele Anhänger haben könnte: In den grossen Arbeitsbetrieben."

## I. Wirtschaft

### 1) Ergebnisse des Jahres 1956

Am 19. Februar veröffentlichte die Presse den Bericht des Statistischen Hauptamtes über die Erfüllung des Wirtschaftsplanes für das Jahr 1956. Wir lesen dort u.a. folgendes:

"Das Nationaleinkommen betrug im Jahre 1956 etwa 254 Milliarden Zloty. Im Vergleich zum Jahre 1955 kommt das einer Planüberschreitung um über 2 % und einer effektiven Steigerung um 7 % gleich. Die Struktur der Aufgliederung des Nationaleinkommens hat sich beträchtlich verändert. Der Anteil des Verbrauches erhöhte sich von 77 % im Jahre 1955 auf 79 %, darunter der des individuellen Verbrauchs von 69 % auf 72 %. Gleichzeitig ist der Anteil der Akkumulation am Nationaleinkommen entsprechend zurückgegangen.

Die Investaufwendungen waren im Prinzip dieselben wie im Jahre 1955 und betragen 50,4 Milliarden Zloty. Der Plan der Investitionsaufwendungen wurde zu etwa 92 % erfüllt. Erheblich sind die Aufwendungen in der Privatwirtschaft - auf 3,4 Milliarden Zloty - gestiegen."

### Der Bruttoproduktionsplan der Industrie:

<u>Artikel</u>	<u>Maßeinheit</u>	<u>Menge</u>	<u>Index 1955- 100</u>
Elektroenergie	Mill.kWh	19491,3	109,8
Steinkohle	Mill. t.	95,15	100,7
Roheisen	Taus. t.	3506	-
Walzerzeugnisse	Taus. t.	3307	113,1
Stahl	Taus. t.	5014,3	113,3
Eisenerze	Taus. t.	1644,4	106,5
Werkzeugmaschinen	Stück	28680,7	103,7
L K W	"	12869	103,1
Güterwaggons	"	12338	103,5
Traktoren	"	8512	105,7
Motorräder	"	45460	150,8
Fahrräder	Taus.St.	184,9	110,9
Stickstoffdüngemittel	Taus.t.	175,2	113,7
Phosphordüngemittel	Taus. t.	123,5	93,6
Zement	Taus. t.	4035,1	105,8
Ziegel	Mill. Stück	2594,3	101,3

Die Bruttoproduktion der Landwirtschaft erhöhte sich, dank der Steigerung der tierischen Produktion, um etwa 6 %. Die Aussaatfläche blieb auf dem Stand von 1955. Die Ernteerträge der vier Getreidearten betragen etwa 12,5 Mill. Tonnen. Die Ernteerträge waren um annähernd 4 % niedriger, als im Jahre 1955. Etwa 38 Mill. t Kartoffeln wurden geerntet. Der Rinderbestand erhöhte sich um 5,6 % und erreichte eine Höhe von 8,39 Mill. Stück. Der Schweinebestand wuchs um 6,2 %, was 11,56 Mill. Stück entspricht.

Im Jahre 1956 waren bei den Arbeitsämtern 38.000 Arbeitssuchende registriert, in der Mehrzahl Frauen. Gleichzeitig waren 48.000 freie Arbeitsplätze gemeldet, der überwiegende Teil für Männer.

Von der Lohnregulierung wurden 4,2 Millionen Beschäftigte betroffen.

Der durchschnittliche Nominallohn der in der Volkswirtschaft Beschäftigten betrug pro Monat 1197 Zloty, d.h., dass er fast um 12,0 % gestiegen war. Der Durchschnittslohn in der vergesellschafteten Wirtschaft betrug 1321 Zloty. Die Geldeinkünfte des Dorfes sind um etwa 7,5 Milliarden Zloty, d.h. um über 18 % gestiegen.

## 2) Wirtschaftsplan 1957

Am 1. Februar veröffentlichte die polnische Presse den vom Ministerrat bestätigten Entwurf des Wirtschaftsplanes für das laufende Jahr. Dieser sieht eine Erhöhung der industriellen Bruttoproduktion um 4,2 % im Vergleich zum vergangenen Jahr vor. Gemessen an vergangenen Jahren ist diese Zuwachsrate ziemlich klein. In den letzten Jahren betrug die Erhöhung der industriellen Bruttoproduktion im Vergleich zum vorhergehenden Jahr jeweils:

1949 - 23 %	1953 - 17,5 %
1950 - 30,8 %	1955 - 11 %
1951 - 24,4 %	1956 - 9,9 %
1952 - 20 %	

Wenn auch die Senkung der prozentualen Erhöhung durch die Fortschritte der Industrialisierung und das Wachsen der jeweiligen Produktionsbasis erklärlich ist, so muss man trotzdem das neue Planziel als sehr bescheiden betrachten.

Als Erklärung führt die Presse die Tatsache an, dass gewisse Investitionen verzögert und der Import verschiedener Rohstoffe eingeschränkt werden muß.

In dem Entwurf soll die Industrie im laufenden Jahr u. a. folgende Mengen produzieren:

Elektroenergie	21,35 Milliarden kWh
Steinkohle	93 Mill. to
Eisenerze	1770 Tausend to
Rohstahl	5400 Tausend to
Koheisen	3750 Tausend to
Walzerzeugnisse	3550 Tausend to

Es ist zu bemerken, dass in laufendem Jahr die Steinkohlenproduktion um mehr als 2 Mill. to sinken wird. Die Ursache dafür ist in der veralteten technischen Ausrüstung der Gruben, dem jahrelangen Raubbau und der Abschaffung der obligatorischen Sonntagsarbeit in den Gruben zu sehen. Trotz dieser Produktionssenkung wird der Binnenmarkt mehr Kohle als im vergangenen Jahre bekommen: Der Export geht um 7 Millionen to zurück. Hier liegt einer der Hauptgründe für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens.

### 3) "Verbrecherische Fiktion"

In Nr. 8 von "Przeglad Kulturalny" wird folgendes über die Auflösung der Kolchosen nach dem Oktoberumschwung geschrieben:

"Wir erlitten eine Niederlage. Alle, die in den Produktionsgenossenschaften auf dem Lande eine Chance sahen, das Dorf aus seiner Armut und seiner Rückständigkeit zu heben, alle, die für diese Sache keine Mühe und Entbehrungen scheuten, empfanden in den letzten Monaten, wie bitter eine Niederlage schmeckt. Manche sagen, wir hätten eine Fiktion aufgebaut, andere fügen hinzu: Eine verbrecherische Fiktion, und gemeinsam folgern sie: kein Wunder, dass das alles beim ersten Hauch der Freiheit, als der Entschluss dem freien Ermessen des Bauern überlassen wurde, hinweggefegt wurde..."

Solche Überlegung findet man in der polnischen Presse immer häufiger. Sie werden z.T. durch die Kritik genährt, die aus den stalinistischen Kreisen kommt und schadenfroh behauptet: So sieht eurer Weg zum Sozialismus aus. Viele echte und überzeugte Verfechter der Erneuerung tragen in sich eine Art Schuldgefühl für die Konzessionen, mit denen man damals das Abschütteln der sowjetischen Bevormundung bezahlen musste. Im gleichen Ton schreibt man auch über die Aussöhnung mit der Kirche und die Einführung des Religionsunterrichtes in den Schulen.

Die andere Begleiterscheinungen des polnischen Oktobers erfüllen manche KOMULKA-Kommunisten mit Scham und Ärger. In dem oben zitierten Artikel lesen wir darüber:

"Seit mehreren Monaten sind die Zeitungen mit Berichten vollgestopft, die mit einer geradezu selbstquälerischen Genauigkeit und Genugtuung die Reichtümer der kapitalistischen Länder entdecken..."

Das Blatt meint, es nütze in Polen niemanden, wenn man die Zauberbilder des Reichstums im Westen der polnischen Bevölkerung vor Augen führt. So etwas sei für Polen jetzt sowieso unerreichbar.

#### 4) Mißstände im Eisenbahnwesen

Über die Situation im polnischen Eisenbahnwesen berichtete der Minister dieses Ressorts, STRZELECKI, der Zeitung "Zycie Warszawy" am 10. Februar:

Infolge politischer Umstände und 'gewisser Fehler' seien während des Sechsjahrplanes die Investitionen auf diesem Gebiet eingeschränkt worden. Nur mit 55 % wäre der Investitionsplan des Sechsjahrplanes erfüllt worden. Das rollende Material sei rettungslos veraltet. Der Personenverkehr habe sich gegenüber der Vorkriegszeit vervierfacht, während die Zahl der Personenwagen nur um 4 % stieg. Die Züge würden jetzt viel langsamer verkehren als vor ein paar Jahren. Die Notwendigkeit, Kohle zu sparen, habe dazu geführt, dass man in letzter Zeit manche Züge habe einstellen müssen, was wiederum zu unmöglichen Zuständen geführt habe.

#### 5) Abwertung der polnischen Währung

Mit Wirkung vom 11. Februar hat man das Verhältnis des Zloty zu verschiedenen westlichen Währungen neu geregelt. Bisher betrug das offizielle Kursverhältnis Zloty-Dollar: 4 - 1, während auf dem schwarzen Markt für einen Dollar über 150 Zlotys bezahlt wurden. Nach der neuen Umwertung zahlt man für einen Dollar 24 Zloty, für eine DM-West 5,73 Zloty. Auch dieses Verhältnis entspricht nicht dem realen Kaufwert der ausländischen Devisen, bedeutet aber für alle, die beruflich oder als Touristen nach Polen reisen, eine wesentliche Erleichterung. Gleichzeitig ist natürlich für die polnischen Staatsbürger eine Reise ins Ausland entsprechend teurer geworden. Dasselbe trifft auch für alle Postgebühren im Auslandsverkehr zu.

#### 6) Aufgaben des Ökonomischen Beirates

Vor ein paar Wochen wurde in Polen die Bildung eines "Ökonomischen Beirates" beim Ministerrat beschlossen. Dieser soll eine beratende Funktion ausüben. Am 9. Februar trat dieser Beirat zu seiner ersten Plenarsitzung zusammen. Seine Tätigkeit soll sich vorerst auf das Problem des neuen Wirtschaftsmodells und die gegenwärtige wirtschaftliche Situation Polens konzentrieren.

als Vorsitzenden des Beirates wurde Prof. LANGE ernannt. Prof. LANGE gilt als Vertrauensmann des Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ, ist ein ehemaliges Mitglied der Sozialistischen Partei und verbrachte den Krieg in den Vereinigten Staaten, deren Staatsangehörigkeit er erwarb, auf die er aber später verzichtete. Sein Stellvertreter ist einer der führenden polnischen Planungswissenschaftler während der ersten Nachkriegsjahre - BOBROWSKI. BOBROWSKI wurde später als Gesandter nach Stockholm geschickt und "wählte die Freiheit". Erst im Anschluss an die Oktoberereignisse 1956 kehrte er aus seinem französischen Exil nach Polen zurück. Dieser hervorragende Ökonomist gilt als besonders guter Kenner der aktuellen wirtschaftlichen Probleme Jugoslawiens.

### III . Soziale Probleme

#### 1) Löhne im Jahre 1957

Der stellvertretende Ministerpräsident JAROSZEWICZ bestätigte die Worte GOMULKAS vom VIII. Plenum, daß es im laufenden Jahr keine durchgreifende Lohnerhöhungen geben wird.

"Im Jahre 1956 - so meinte Jaroszewicz - hat der Staat enorme, bis dahin noch in keinem Jahr dagewesene Anstrengungen unternommen, als er den Lohnfonds gegenüber 1955 um 15 Milliarden Zloty erhöhte (von 92 auf 107 Milliarden). Gleichzeitig sind die Sozialleistungen und die finanziellen Einnahmen der Landbevölkerung erheblich gestiegen.

Als Ergebnis der im Jahr 1956 vorgenommenen Lohnregulierung werde der Lohnfonds im Jahre 1957 auf 114 Milliarden steigen. Unabhängig davon sei beschlossen worden, in diesem Jahre noch eine Lohnerhöhung vorzunehmen, die etwa 4 Milliarden Zloty betragen werde. (Davon erhalten die Bergleute über 3 Milliarden, die Eisenbahner 600 Mill. und die Hüttenwerker 90 Mill. Zloty.) Insgesamt werde also der geplante Lohnfonds für 1957 rund 118 Milliarden Zloty betragen."

Am Ende seiner Ausführungen stellte JAROSZEWICZ fest, dass damit die Möglichkeit des Staates auf dem Gebiet der Löhne für das Jahr 1957 erschöpft sei. Irgendwelche anderen Forderungen könnten momentan nicht mehr berücksichtigt werden, da dafür keine Deckung vorhanden sei. Jaroszewicz dementierte die umlaufenden Gerüchte, nach denen im Jahr 1957 jeder ein 13. Monatsgehalt bekommen würde. Dies würde nur in den Betrieben möglich sein, in denen ein überplannässiger Gewinn erreicht wird und deren Betriebsfonds (der unter die Arbeiter verteilt wird) entsprechend anwächst.

(Laut "Trybuna Ludu" vom 15. Februar).

## Der Familie ihre alte Rolle wiedergeben

Inner häufiger bedient sich nach dem Oktober 1956 die polnische Presse eines Mittels der Meinungsforschung, das in stalinistischem System völlig verpönt war, da es damals ja keine öffentliche Meinung geben durfte: Der Umfrage.

Die bekannte Zeitung "Zycie Warszawy" wandte sich an ihre Leser mit der Umfrage: Erlebt die heutige Familie eine Krise? Die meisten Teilnehmer an dieser Umfrage bejahen es. Die Vorschläge des grössten Teiles der Leser gehen in einer Richtung, die der bisherigen Entwicklung völlig widerspricht. Eine Situation, in der beide Ehepartner berufstätig sind, muß auf die Dauer jedes Familienleben vernichten. Die Hauptleidtragenden sind dabei natürlich die Kinder.

Antworten: "Schliesslich ist der richtige Platz der Mutter doch wohl zu Hause." "Der Staat soll nicht soviel Geld für Krippen und Kinderheime ausgeben, weil er es viel billiger haben kann, wenn er die Kinderzulagen erhöht, dann kann die Ehefrau nämlich auf die berufliche Arbeit verzichten und sich der Erziehung der Kinder widmen." "Die Behauptung, eine Frau könne alle Berufe genau wie ein Mann ausüben, ist Unsinn."

Die Leserschriften kommen aus allen Kreisen und sozialen Schichten und gipfeln meistens in dem gleichen Ausruf: Gebt der Familie ihre alte Bedeutung wieder!

## B. Polen und Ausland

### 1) Die neue, alte Linie

Eine gewisse Wendung in der taktischen Linie GOMULKAs, die sich in einer weiter als im Oktober gehenden Kompromissbereitschaft Moskau gegenüber äußert, wirkte sich in den letzten Wochen am krassesten in der Haltung zu den polnisch-deutschen Problemen aus. Während man erst der Bundesrepublik immer mehr Interesse schenkte und sie objektiver zu betrachten versuchte - wobei sich die Beziehungen zwischen Polen und der DDR immer mehr abkühlten - zeichnet sich in den letzten Wochen immer deutlicher eine Rückkehr auf die alten Positionen nach dem altbekannten Schema ab: Im Westen = Imperialisten und Revisionisten, in der DDR = der gute Freund und Verbündete.

Ausgangspunkt eines heftigen Angriffes der polnischen Presse war die ausserpolitische Debatte im Bundestag. Darüber schreibt "Trybuna Ludu" am 6. 2.:

"Wie die Bundestagsdebatte und die in letzter Zeit abgegebenen Erklärungen führender Politiker der Deutschen Bundesrepublik erkennen lassen, steht die Regierung der Deutschen Bundesrepublik unveränderlich auf dem Boden des Revisionismus, der Forcierung der Remilitarisierung Westdeutschlands

und der Spekulation auf Möglichkeiten, die Staaten des sozialistischen Lagers gegeneinander aufzuwiegen.

Ein Ausdruck dieses Standpunktes sind die in der letzten Bundestagsdebatte erneut offen erhobenen revisionistischen Forderungen hinsichtlich der Grenze an der Oder und der Lausitzer Neiße, das unversöhnliche Festhalten an der Politik der Remilitarisierung der Deutschen Bundesrepublik im Rahmen des Nordatlantikpaktes sowie die Äusserungen des Bundeskanzlers, Herrn Adenauer, von 2. 2. d. J., die die trügerischen Hoffnungen auf eine Schwächung der Bündnis- und Freundschaftsbande zwischen Polen und der UdSSR erkennen lassen.

"Den Standpunkt der Regierung der Deutschen Bundesrepublik können auch die Versicherungen ihres Aussenministers, Herrn von Brentano, nicht verhüllen, dass sich die Regierung der Deutschen Bundesrepublik der Gewaltanwendung bei der Durchführung ihrer revisionistischen Vorhaben enthalten werde, da die Regierung der Deutschen Bundesrepublik auf dem Boden der Politik der Stärke in den internationalen Beziehungen steht. Die Gefahr des deutschen Militarismus wurde dem polnischen Volk nicht - wie Herr von Brentano nachzuweisen versucht - 'eingeredet', sondern ist eine reale Bedrohung, die das polnische Volk sehr wohl sieht.

Man kann den Versicherungen von Politikern keinen Glauben schenken, die - wie das der Aussenminister der Deutschen Bundesrepublik, Herr von Brentano tut, - bei Polen betreffenden Äusserungen leichten Herzens, je nach den Umständen, einmal ihren guten Willen und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Polen bekunden, und ein andermal wieder revisionistische Thesen verkünden.

Es muss festgestellt werden, dass, obwohl in der Deutschen Bundesrepublik gewisse Elemente politischer Nüchternheit in Bezug auf die Einschätzung der Bedeutung guter polnisch-deutscher Beziehungen heranreifen, noch keine wesentliche Änderung des Standpunktes Polens gegenüber in den Regierungskreisen der Deutschen Bundesrepublik eingetreten ist. Der Verlauf der Bundestagsdebatte liefert für die Richtigkeit der polnischen Aussenpolitik einen neuen Beweis, dass nämlich eine reale und wirksame Garantie vor der Gefahr des deutschen Militarismus und eine Sicherung der Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße in der Festigung der guten, gleichberechtigten und auf Bündnissen beruhenden Freundschaftsbeziehungen zur Sowjetunion, der Volksrepublik China wie auch den anderen volksdemokratischen Ländern sowie in äquivalenten Verträgen, die eine gemeinsame Sicherheit gewährleisten, zu erblicken ist.

In Lichte der letzten Äusserungen westdeutscher Staatsmänner mißt die polnische Bevölkerung den freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit mit der DDR, die die Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße anerkannt hat und konsequent auf dem Boden ihrer Unantastbarkeit steht,

desto grössere Bedeutung bei."

Zwei Tage später erschien sogar eine offizielle Erklärung des polnischen Aussenministeriums, in der wir u.a. lesen:

"Regierungskreise der Deutschen Bundesrepublik äussern in der letzten Zeit hinsichtlich der polnischen Grenze an Oder und Neisse nachdrücklich einen revisionistischen Standpunkt. Ihren Ausdruck fand diese Tendenz u.a. in der kürzlich abgegebenen Erklärung des Aussenministers der Deutschen Bundesrepublik, Herrn von Brentano, in der er neue revisionistische Thesen gegen die polnische Westgrenze vorbrachte. Im logischen Zusammenhang mit dieser Erklärung steht eine Äusserung des Kanzlers der Deutschen Bundesrepublik, Herrn Adenauer, auf der Pressekonferenz am 2.2., die die Hoffnung auf eine Lockerung der Bande zwischen Polen und den Staaten des sozialistischen Lagers enthielt. Spekulationen dieser Art fand man auch in gewissen westlichen Presseorganen, die von angeblichen Absichten der DDR bezüglich einer Änderung ihrer Standpunkte über die Unantastbarkeit der Grenze an Oder und Neisse wissen wollten.

Der revisionistischen Haltung der Regierungskreise der Deutschen Bundesrepublik völlig entgegengesetzt ist die Einstellung der DDR, die konsequent den Standpunkt der Unantastbarkeit der Grenze an Oder und Lausitzer Neisse vertritt, was nochmals nachdrücklich in der Erklärung des Aussenministeriums der DDR vom 6. 2. Ausdruck fand. Die Regierung der Volksrepublik Polen erklärt sich mit dieser Erklärung vollkommen solidarisch und ganz besonders mit der darin enthaltenen Verurteilung der Versuche, die Beziehungen zwischen Polen und der DDR zu stören.

Das Aussenministerium der Volksrepublik Polen unterstreicht gleichzeitig, dass die polnische Regierung - in der Überzeugung, dass dies im Interesse aller Völker liegt - die Politik der Normalisierung der Beziehungen und friedlichen Zusammenarbeit ohne Rücksicht auf Unterschiede der Systeme mit allen Staaten, die es wünschen, fortsetzen wird."

## 2) ... waren schlecht informiert ...

Der Besuch der Delegation der KP Frankreichs in Warschau endete am 5. 2. mit der Veröffentlichung eines Kommuniqués. Ein Teil dieses Kommuniqués ist der deutschen Frage gewidmet:

"In Europa bemüht sich der Imperialismus ähnlich wie in Algerien, Ziele zu verwirklichen, bei denen er sich auf den deutschen Militarismus stützt, der in Westdeutschland wiederersteht. Die Wiedergeburt der Wehrmacht und die Pläne, sie mit Atomwaffen auszurüsten, bilden eine ernsthafte Bedrohung der Nachbarn Deutschlands und des Friedens. Die Völker Frankreichs und Polens empfinden infolge ihrer historischen Erfahrungen und ihrer ...

geografischen Lage diese Gefahr besonders. Die KP Frankreichs und die gesamte französische Arbeiterklasse unterstützen vorbehaltlos die polnische Grenze an der Oder und Neiße, welche die Friedensgrenze in Europa darstellt.

Beide Delegationen sind der Meinung, daß der Kampf gegen den deutschen Militarismus und gegen die Pläne der sogenannten Europäisierung, die auf eine Stärkung dieses Militarismus hinzielen (gemeinsamer Markt, Euratom usw.), für die Völker Polens und Frankreichs eine gemeinsame Aufgabe von unermesslicher Bedeutung darstellt. Beide Parteien unterstützen die DDR, die den Kampf um ein wiedervereinigtes friedliches Deutschland führt, sowie den mutigen Kampf der KPD sowie aller friedlichen und demokratischen Kräfte Westdeutschlands."

Sonst heisst es in dem veröffentlichten Kommuniqué u.a.:

"Die freundschaftliche parteiliche Kritik kann für die kommunistischen Parteien wie auch für die Arbeiterparteien in ihrem Kampf um den Sozialismus eine bedeutende Hilfe sein."

"In ihrer Tätigkeit sowie auch in den Beziehungen untereinander müssen die kommunistischen und Arbeiterparteien den Prinzipien des Marxismus-Leninismus die Treue bewahren, sowie allen revisionistischen Tendenzen gegenüber - insbesondere den Bemühungen gegenüber, Wachsamkeit zeigen, das Wesen des Klassenkampfes zu verkleistern, ferner auch gegenüber jeglicher Konzeptionen einer Schmälerung der Theorie, die kein Dogma ist, sondern eine lebendige Wissenschaft und der Wegweiser für die Tätigkeit. Sie müssen gegen die Einflüsse der reaktionären Ideologie im Bewußtsein eines Teils der werktätigen Massen und insbesondere gegen Chauvinismus, Nationalismus, Antisemitismus und antisowjetische Stimmungen einen hartnäckigen Kampf führen.

Die Delegation der KPF versichert der PVAP die Solidarität der französischen Kommunisten, in ihrem Bemühen in Bezug auf die Stärkung des Sozialismus in Polen, gestützt auf die Prinzipien des Leninismus.

Die Gespräche zwischen den Delegationen des ZK der PVAP und des ZK der KPF haben dazu beigetragen, viele Probleme zu klären und einander besser zu verstehen, was für die Zusammenarbeit der beiden Parteien unerlässlich ist."

Das Nachrichtenmagazin "Swiat" kommentiert den Besuch der französischen Genossen:

"Sehr gut, dass sie zu uns kamen. Es schien nämlich, dass sie sich in Bezug auf die Entwicklung der letzten Ereignisse in unserem Lande nicht ganz richtig orientierten. Direkte Besprechungen und Beobachtungen müssten sich günstig auswirken."

Feinde zwischen GOMULKA und der KPF ist ähnlich wie im Falle des offiziellen Pressekrieges mit der SED - zunächst begraben. Im übrigen ist jetzt der polnischen Presse jede Art der Polemik mit den "Bruderparteien" so gut wie verboten.

"Trybuna Ludu" bestreitet am 23. 2. die Behauptung, Polen wäre innerhalb des Ostblocks isoliert:

"Gewisse westliche Kreise behaupten beharrlich, Polen wäre innerhalb der sozialistischen Weltgemeinschaft isoliert. Es ist kein Geheimnis, daß die Linie des VIII. Plenums zuerst auf Zweifel und Bedenken bei den Führern der KPdSU und manchen anderen Bruderparteien stieß."

Die Abmachung mit der SU und die direkten Gespräche mit der SED und KPF bezeichnet das Blatt als einen Beweis der Beseitigung dieser Zweifel und Bedenken.

### 3) ... fühlt sich solidarisch...

Über die Einheit der "sozialistischen Staaten" schreibt "Trybuna Ludu" am 8.2.:

"Jedwede Schwächung der Einheit der sozialistischen Staaten würde die Positionen des Imperialismus nur stärken und dazu beitragen, dass der dramatische Konflikt unseres Jahrhunderts zum Nachteil für den Fortschritt und für den Sozialismus entschieden wird."

"Polen fühlt sich nicht nur solidarisch mit der SU und mit den anderen sozialistischen Ländern in allen grundsätzlichen Fragen der internationalen Politik, sondern erachtet es auch für unumgänglich, seinen Teil zur Stärkung der Kräfte dieses Lagers durch Teilnahme am Warschauer Pakt beizusteuern. Polen hat und wird das Bündnis mit der SU als Grundlage seiner Politik betrachten. Dieses Bündnis allein ist in der Lage, Polen die Erhaltung der Unantastbarkeit seiner nationalen Grenzen zu garantieren und es davor zu bewahren, dass die Perspektiven seiner sozialistischen Entwicklung gefährdet werden. Ausdruck dieser Politik sind alle Dokumente und Äusserungen, auch die der jüngsten Zeit, die sich auf das polnisch-sowjetische Verhältnis beziehen."

GOMULKA hat von ersten Augenblick an, nachdem er wieder an die Macht gekommen war, betont, dass die Freundschaft Polens zu seinem "grossen Nachbarn unerschütterlich" sei. Darüber war weder Polen noch im Ausland jemand erstaunt, weil jeder verstand, dass er nur die Konsequenzen aus der Zwangslage Polens zog. Man stellt aber fest, dass sich diese Versicherungen in der letzten Zeit nicht wie bisher auf das Notwendigste beschränken...